

Entwicklungen bei den Minijobs und Handlungsoptionen

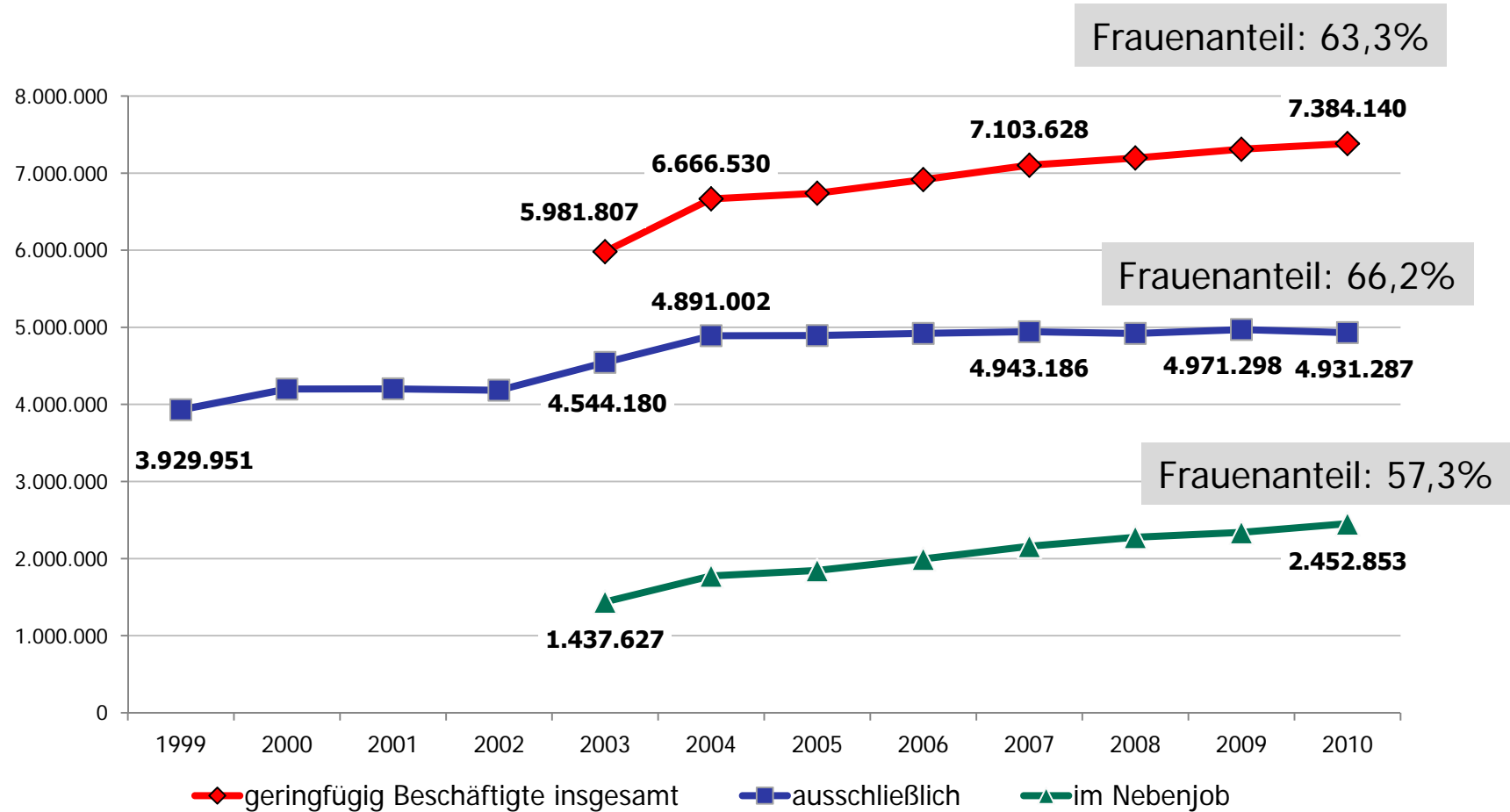
Fachgespräch „Minijobs“ bei der G.I.B.
am 9. Mai 2012 in Bottrop

Dr. Claudia Weinkopf
Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin

Gliederung

- **Entwicklung der Minijobs**
- **„Minijob-Mythen“**
- **Politische Handlungsoptionen**
- **Fazit**

Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, 1999-2010 (jeweils Ende Dezember)



Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2011

Kommentar und „Update“

- **Immer mehr Minijobs**
 - Ende September 2011 gab es insgesamt 7.429.685 geringfügig Beschäftigte (+ **45.545** seit Ende 2010)
- **Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten hat sich seit 2004 kaum erhöht** bzw. ist zuletzt sogar leicht rückläufig
 - Rückgang zwischen 12/2010 und 9/2011 um **97.918**
- Erheblich **gestiegen ist vor allem die Zahl der Nebenjobs**
 - Im selben Zeitraum **143.463**

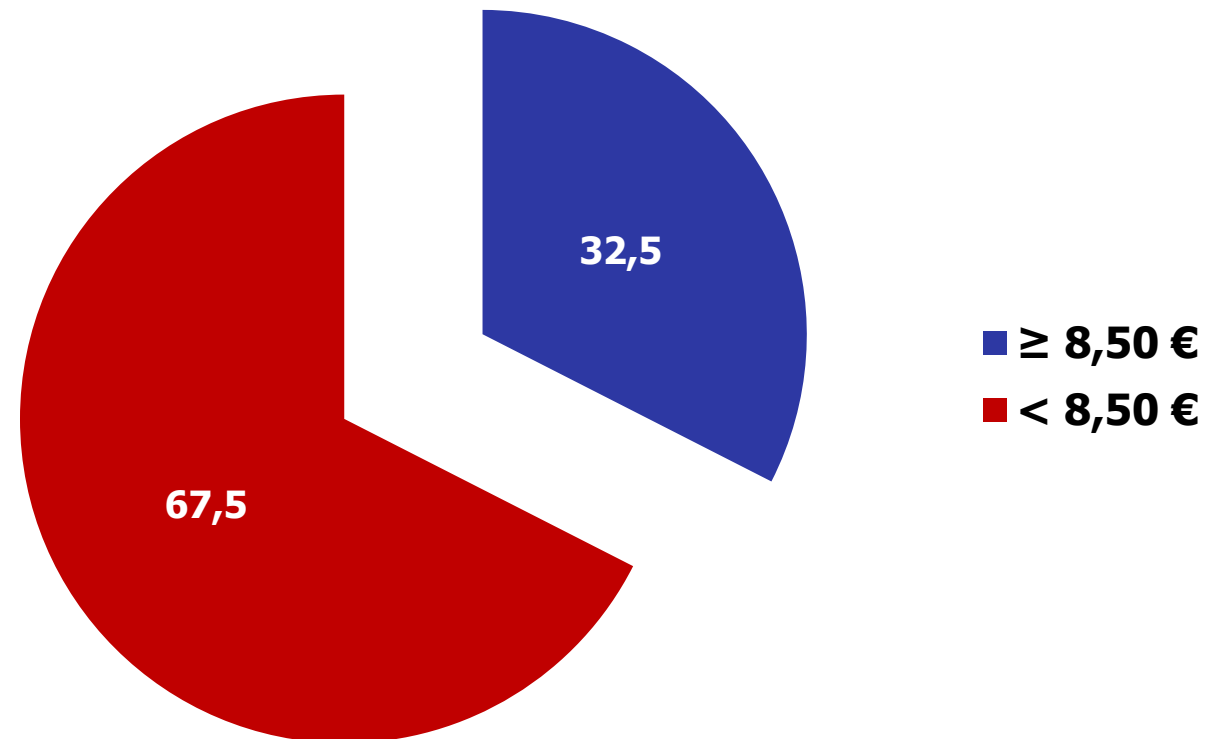
Minijobs – attraktiv für beide Seiten?!

- Minijobs gelten als **kostengünstig** und **flexibel**
 - Schlupfloch aus dem „überregulierten“ Arbeitsmarkt
- Für **Arbeitgeber** sind Minijobs aber eigentlich deutlich **teurer** als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
 - Pauschalabgaben ca. 30% statt ca. 21%
- Bei **Beschäftigten** ist die „Brutto = Netto-Illusion“ weit verbreitet
 - Steuer- und abgabenfreier Verdienst, unbürokratisch
 - Arbeit als „Aushilfe“ mit geringeren Ansprüchen

Massive Benachteiligung der Beschäftigten

- **Gleichbehandlungsgebot** im Teilzeit- und Befristungsgesetz wird **vielfach missachtet**
- **Geringere Bezahlung**
 - Lohnabschläge weit verbreitet („Nettolohn-Orientierung“)
 - Zwei Drittel der Minijobber/innen arbeiten für weniger als 8,50 € und fast jede/r Vierte sogar für weniger als 5 € pro Stunde
- **Missachtung grundlegender Arbeitnehmerrechte**
 - Bezahlter Urlaub und Lohnfortzahlung an Feiertagen oder bei Krankheit werden häufig nicht gewährt
 - Kündigungsschutz wird oft missachtet
- **Keine bzw. nur minimale soziale Absicherung**

Minijobs nach Stundenlohn (2010)



Quelle: IAQ-Berechnung auf der Basis des SOEP 2010 (ausschließlich geringfügig Beschäftigte inkl. Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen)

Minijobs nach Stundenlohnstufen (2010)

Stundenlohn	Zahl	In % aller Minijobs
< 5 €	884.929	24,6%
< 6 €	1.255.352	34,9%
< 7 €	1.724.766	48,0%
< 8 €	2.195.864	61,1%
< 8,50 €	2.428.494	67,5%
≥ 8,50 €	1.168.313	32,5%

Die Gesamtzahl der Minijobber/innen im SOEP liegt um ca. 1,3 Millionen niedriger als nach BA-Daten.

Quelle: IAQ-Berechnung auf der Basis des SOEP 2010 (ausschließlich geringfügig Beschäftigte inkl. Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen)

Minijob = Zuverdienst?

- **Haushaltskontext von Minijobber/innen**
 - Nur in knapp der Hälfte der Haushalte von Minijobber/innen lebt auch jemand mit einem **Normalarbeitsverhältnis**
 - In 33,9% der Haushalte von Minijobber/innen gibt es **keine weiteren Erwerbstätigen**, in 9,9% nur mindestens eine weitere atypisch beschäftigte Person
- **Armutrisiko deutlich gestiegen**
 - **Minijobber/innen: 23,2%** (2008) im Vergleich zu 13% im Jahr 1998
 - 49,5% bei Minijobber/innen in Haushalten ohne weitere Erwerbstätige
 - Zum Vergleich: **6,2% unter allen Beschäftigten** und 3,2% bei Normalarbeitnehmer/innen (2008)

Freiwilligkeit und Minijob-Falle

- Fast 15% der ausschließlich geringfügig Beschäftigten erhalten **aufstockende SGB II-Leistungen**
 - Gleichsetzung mit „Optimierung von Arbeit und Freizeit“ jedoch höchst fraglich
- In manchen Branchen gibt es außer in Leitungsfunktionen **kaum noch andere Job-Angebote**
 - Wechsel in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schwierig bis unmöglich
- **Tatsächliche und gewünschte Arbeitszeiten klaffen weit auseinander**

Geringfügig beschäftigte Aufstocker/innen

- Nach Auswertungen des PASS (Welle 3 von 2009) liegen die Stundenlöhne von Aufstocker/innen in Minijobs nochmals deutlich niedriger als bei anderen geringfügig Beschäftigten
 - 35,1% der Aufstocker mit Minijob bekommen weniger als 4 € pro Stunde (andere: 16,6%) und weitere 29% zwischen 4 und unter 7 € (andere: 30,9%)
 - Der durchschnittlicher Stundenlohn der Aufstocker lag bei 6,08 € (andere 8,16 €)
 - Unterschiede bleiben bestehen, wenn nach Qualifikation kontrolliert wird

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Stunden, gesamt und Gastgewerbe, 2008

	Arbeits- zeit	Vollzeit	Teilzeit	Minijob	Gesamt
Gesamt- wirtschaft	Vereinbart	39,4	22,9	12,0	34,6
	Tatsächlich	44,0	25,1	12,8	37,9
	Gewünscht	38,6	26,0	20,8	34,7
Gast- gewerbe	Vereinbart	41,3	23,5	15,3	34,8
	Tatsächlich	50,3	24,3	15,7	39,7
	Gewünscht	39,7	29,3	27,7	35,7

Quelle: IAQ-Auswertung auf der Basis des SOEP 2008

Kritische Stimmen zu Minijobs

- Gegenwärtige Minijobstrategie ist „desaströs“ und „biographische Sackgasse“ (Sachverständigenkommission Gleichstellungsbericht 2011)
- Minijobs behindern die eigenständige Absicherung von Frauen und begünstigen Missbrauch (Deutscher Frauenrat 2010)
- „Barriere gegen die Ausweitung der Erwerbstätigkeit“, Sozialversicherungen werden Beiträge entzogen (Expertise für den Deutschen Juristentag 2010)
- „Für diese Subventionen besteht keine Veranlassung“ (Sachverständigenrat 2009)
- **„Ziel muss es (...) sein, alle Erwerbsverhältnisse sozialversicherungspflichtig zu machen“**
(Sachverständigenkommission Gleichstellungsbericht 2011)

Handlungsoptionen mit unterschiedlicher Reichweite

- 1. Effektive Durchsetzung geltenden Rechts**
- 2. Veränderung der rechtlichen Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung**
- 3. Abschaffung der Minijobs**

1. Effektive Durchsetzung geltenden Rechts

- Arbeitnehmerrechte wirksam stärken und **Gleichbehandlungsgebot effektiv durchsetzen**
 - Umfassende Information für Beschäftigte und Arbeitgeber
 - Sanktionen für Arbeitgeber, die weiter benachteiligen
- Minijobs werden **deutlich teurer für Arbeitgeber**, die bislang geringfügig Beschäftigte benachteiligt haben
 - Höhere Stundenlöhne, volle Bezahlung von Urlaub, Krankheit, Feiertagen
- **Beschäftigte verdienen mehr** (oder müssen für das gleiche Geld kürzer arbeiten)

2. Veränderung der rechtlichen Regelungen

Ziel: Eindämmung ohne gänzliche Abschaffung

- Mögliche Änderungen
 - Abschaffung der abgabenfreien Nebenjobs (wie zwischen 1999 und 2003)
 - Wiedereinführung der Stundenbegrenzung (z.B. maximal 12 Stunden pro Woche)
 - *Bundesrats-Initiative von NRW, Brandenburg und Bremen*
 - Mehr oder weniger deutliche Absenkung der Geringfügigkeitsgrenze
 - *Zusätzlich: Gleichbehandlung effektiv durchsetzen*

Mögliche Wirkungen einer Arbeitszeitbegrenzung

	Pro Monat	Stundenlohn bei 12 Stunden/Woche bzw. 52 Stunden/Monat*
Aktuelle Geringfügigkeitsgrenze	400 €	7,69 €
Durchschnittlicher Lohn in Minijobs	260 €	5,00 €

* Bei 52 Wochen pro Jahr hat jeder Monat im Durchschnitt 4,33 Wochen

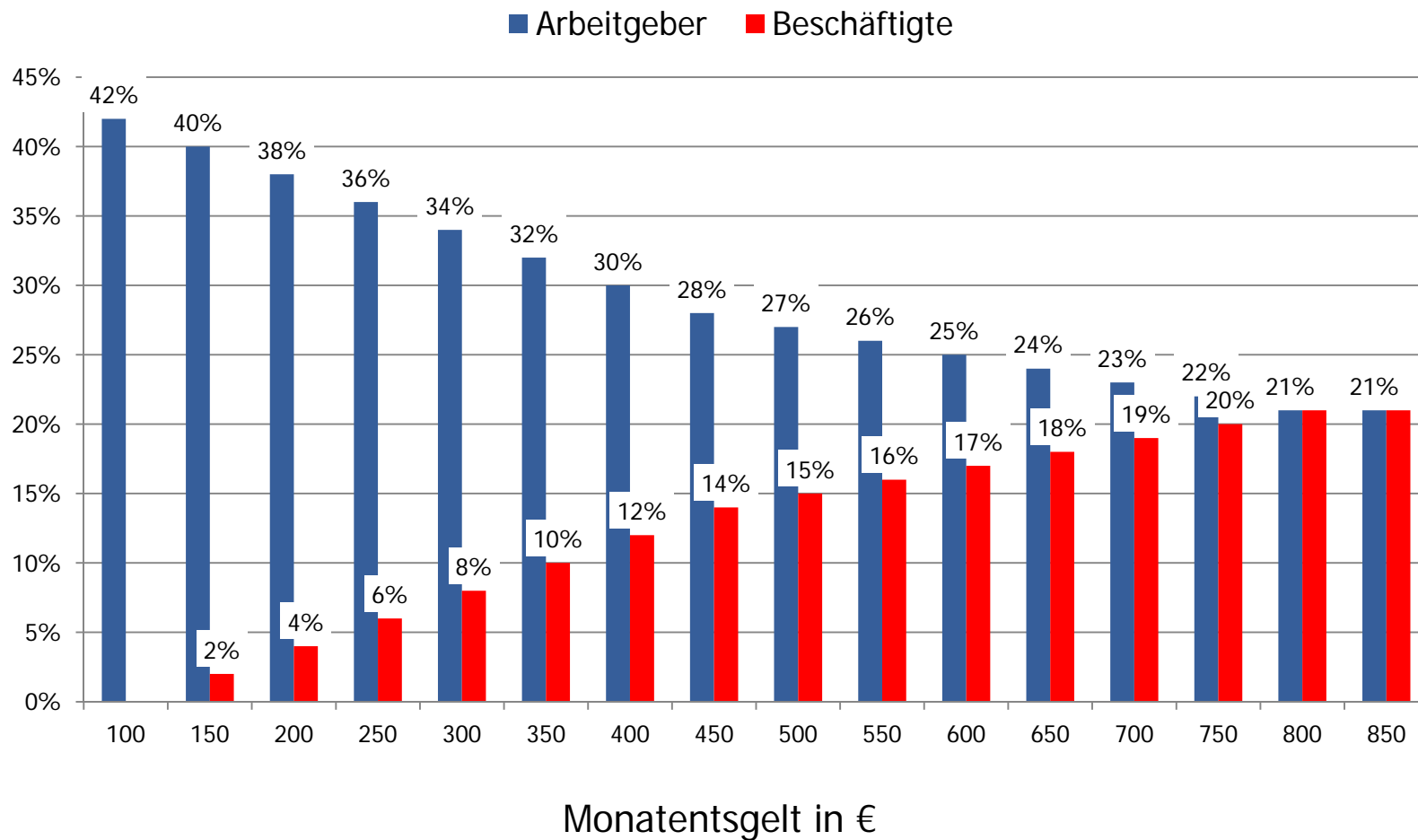
- **Arbeitszeitbegrenzung schützt nicht vor Niedrigstlöhnen** und würde selbst bei strikter Einhaltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in manchen Branchen zur „**Individualisierung der Geringfügigkeitsgrenze**“ führen

Beispiel: Mindestlohn für ostdeutsche Wäschereien
7,00 € * 52 Stunden = 364 € pro Monat

3. Abschaffung

- Grundprinzip: **Jede Arbeitsstunde kostet gleich viel**
 - Sozialversicherungsbeiträge werden von Arbeitgebern und Beschäftigten getragen (ggf. mit Gleitzone)
 - Aus Beiträgen entstehen entsprechende Ansprüche für die Beschäftigten
- Kurze Teilzeit ist grundsätzlich weiterhin möglich, wird aber nicht mehr subventioniert
- Möglichst flankiert durch Veränderungen im Steuer- und Sozialversicherungsrecht

„Erweiterte Gleitzone“ (möglicher Tarifverlauf)



Vorteile

- Für jede Arbeitsstunde werden volle Sozialversicherungsbeiträge gezahlt
 - Keine Privilegierung oder Subventionierung eines bestimmten Einkommensbereichs
 - Keine Sprungstellen im Tarifverlauf
 - Aus Beiträgen entstehen entsprechende Ansprüche für die Beschäftigten
- DGB-Vorschlag hat dies aufgegriffen und beinhaltet zusätzlich die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 €***

Fazit (1)

- **Von vielen Seiten wird inzwischen eine Abschaffung der Minijobs gefordert**
 - Die Bundesregierung will die Geringfügigkeitsgrenze jedoch auf 450 € erhöhen
 - SPD und Grüne wollen Minijobs eindämmen, leiden aber noch unter dem „Trauma“ nach der Reform von 1999 und haben Sorge, dass eine Reform auch bei Beschäftigten unpopulär wäre
 - Der DGB hat demgegenüber nach längerer Diskussion einen mutigen Vorschlag gemacht, der keinen „Aufschrei“ in der Presse oder Öffentlichkeit ausgelöst hat

Fazit (2)

- **Ein politischer Vorstoß zur Abschaffung der Minijobs könnte gelingen, wenn**
 - die Unterstützer/innen aus verschiedenen Bereichen und Institutionen eingebunden werden
 - die Argumente für eine Abschaffung systematisch aufbereitet und auch die Beschäftigten, die meinen, mit diesen „ein gutes Geschäft“ zu machen, überzeugt werden
- **Denkbarer Ansatzpunkt: Entzauberung des Mythos „Brutto für Netto“**
 - durch eine Befragung von Minijobber/innen zu ihren Arbeitsbedingungen und Benachteiligungen

Zum Weiterlesen

Niedriglöhne

- Kalina, Thorsten / Weinkopf Claudia: Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. IAQ-Report Nr. 2012-01*

Minijobs

- Voss, Dorothea / Weinkopf, Claudia: Niedriglohnfalle Minijobs. In: WSI-Mitteilungen 1/2012 (mit weiteren Beiträgen zum Thema)
- Weinkopf, Claudia: Minijobs – politisch-strategische Handlungsoptionen. Expertise im Auftrag von Wert.Arbeit, Berlin 2011*

* auch zum Download unter: www.iaq.uni-due.de